

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

280 (30.11.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellbar und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luitpoldstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, abgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 280. Erstes Blatt. Karlsruhe, Freitag den 30. November 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Zur Fleischvertenerung die verdoppelte Brotvertenerung.

Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Brotvertenerung, die wir bei der Zolltarifkampagne vorbergefast haben, kommen wird. Jetzt ist sie schon da, wenn sie auch noch nicht allgemein in Erscheinung tritt. Aus New York wird der *Trif. Jg.* vom 20. Nov. berichtet: „New York, 20. Nov. Die hiesige Wäcker-Zinnung beschloß gestern eine abermalige Erhöhung des Brotpreises, die dritte seit Erhöhung der Kornzölle. Die einheimische und die italienische Arbeiterbevölkerung, die früher ausschließlich Weizenbrot genoß, wendet sich bereits seit längerer Zeit dem Schwarzbrot zu, da sie die hohen Weizenpreise nicht mehr erzwängen kann. An den Tagen, wenn die Truppen ihre Kommissbrot fassen, sieht man Scharen von Frauen und Kindern die Kaufleute umstreifen, die den Soldaten, deren Muttergroßen noch zum Weizenbrot langten, durch die Gitter der Einfriedigung ihr Brot abhandeln.“

Mit der durch die Hölle bewirkten Vertenerung des notwendigen Nahrungsmittels scheinen sich aber die Agrarier und ihre Helfershelfer noch nicht begnügen zu wollen. Zum Vollwacker soll noch die Erdrösselsteuer für die Großmühlen kommen. Die Verbände der mittleren und kleinen Mühlen fordern eine gegen die Großmühlen gerichtete Staffelförderung im Jahresschmelze, die naturgemäß eine weitere künstliche Erhöhung des Mehl- und damit auch des Brotpreises zur Folge haben dürfte.

Das soll natürlich in geeigneten Formen geschehen. Wie man unter dem Vorwand, die kleineren Schutten stärker zu belasten, die Großbetriebe im Kleinhandel durch Sondersteuern zu erschweren sucht, so will man nun auch den Großmühlen an den Steuern. Selbstverständlich sind bei diesem Spiel auch wieder die Agrarier die Starspieler — sonst würde die Regierung überhaupt nicht mitmachen. Es wird nur agrarische Mittelstandspolitik gemacht. Der Regierung wird es nicht einfallen, eine Antitrust- oder auch nur eine Antitrustpolitik zu betreiben, um die Selbstständigkeit der Bauern und Kleinbetriebe zu erhalten. Aber wo es sich um Zinnerschmelze handelt, da wird das Widerwärtigste Gesetz, das ungerechteste ausgleichende Gerechtigkeit. Schon seit Anfang Mai dieses Jahres geht der Spul einer Staffelförderung in Mühlen-Umsatzsteuer um. Nach einer Eingabe der Handelskammer in Dortmund und verlangen die Freunde der schmerzlichen Erdrösselsteuer eine Staffel auf folgender Grundlage: Eine Mühle von 300 Tonnen Jahresvermahlung hat für die Zone 1 Pf., eine Mühle von 30 000 Tonnen Jahresvermahlung für die Zone 1 Pf., also das hundertfache, eine Mühle von 100 000 Tonnen Jahresvermahlung für die Zone 3 Pf., also das dreihundertfache, eine Mühle von 200 000 Tonnen Jahresvermahlung für die Zone 6 Pf., also das sechshundertfache, eine Mühle von 300 000 Tonnen Jahresvermahlung für die Zone 9 Pf., also das neunhundertfache der ersten Staffel.

Die Jahressteuer einer Mühle würde sich nach dieser Staffelung bei einer Jahresvermahlung von 800 Tonnen auf 3 000 Pf., bei 1000 Tonnen auf 33 27 Pf., bei 10 000 Tonnen auf 333 27 Pf., bei 30 000 Tonnen auf schon auf 3 000 000 Pf., bei 100 000 Tonnen auf 33 333 27 Pf., bei 200 000 Tonnen auf 333 333 27 Pf. stellen usw. Daß eine solche Staffelung die Erdrösselung der Großbetriebe zum Ziel hat, liegt auf der Hand.

Die Mittlere Walzenmühle A. G. macht in ihrer Eingabe an den Reichstag über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage folgende interessante Ausführungen: Die jährliche Wahlmenge für Weizen im Deutschen Reich stellt sich auf circa 180 Millionen Doppelzentner (1 Tonne gleich 10 Doppelzentner). Davon entfallen auf die Großmühlen mit einer Tagesleistung von 1000—3000 Doppelzentner 90 Millionen Doppelzentner. Die Verteilungskosten schwanken je nach Größe und Lage der Mühlen zwischen 1,75 Pf. pro Doppelzentner bei 600 Doppelzentner und 3,50 Pf. bei den Zwergmühlen. Für die eigentlichen Großmühlen wird aber ein Kostenfuß von nur 1,25 Pf., nämlich 25 Pf. Profit, in Summa 1,50 Pf. angegeben. Danach ergibt sich folgende Rechnung: Es stellen sich die Mahlkosten im Durchschnitt für 100 Pf. D. in Klein- und Mittelbetrieben auf 2,84 Pf. pro D., 50 Pf. D. in Großbetrieben auf 1,50 Pf. pro D. Dem kommen noch 10 Millionen Doppelzentner Roggen. Hierfür ist ein Einheitsfuß von 1 Pf. Mahlkosten eingesetzt, so daß sich für den deutschen Konsum die Gesamtmahlkosten auf 330 Millionen Mark stellen. Während die unrationellen kleinen und kleinen Betriebe ausgeschaltet, dann könnte, wenn man den jetzigen Satz der Großmühlen zugrunde legt, eine Erparnis von 184 Millionen Mark pro Jahr gemacht werden. Die Erdrösselung der Großmühlen würde natürlich die entgegengesetzte Preisentwicklung, eine kolossale Erhöhung der Mahlkosten zur Folge haben.

Man sollte nun meinen, den Agrariern könnte es gleichgültig sein, ob das Getreide in großen oder kleinen Mühlen vermahlen wird. Ja, wenn es sich nur um die Mäher handelte, dann würden die bündnerischen Mittelstandspolitiker, die für Kleinmüller und große Agrarvereinsvereine schwärmen, keinen Finger rühren.

Weil aber die menschenfreundlichen Agrarier glauben, durch die Großmühlen würde der Ge-

treidemport gefördert und dadurch die Wucherpolitik der Hölzer etwas gestört, so möchten sie unter dem Schein mittelständlerischen Wohlwollens die Störer der Volkspflünderi vernichten. Ja, daß man direkt Zollgaunerei betreibt, um besser preiswuchern zu können, deutet die erwähnte Eingabe ganz — art in folgenden Ausführungen an:

„Wir halten uns verpflichtet, über diese Behauptung die volle Wahrheit freimütig auszusprechen. Seit circa 12 Jahren ist Deutschland aus einem Getreideimportierenden Lande wieder ein Getreide exportierendes Land geworden. Die damals geschehene Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide hat die Folge gehabt, daß bei einer guten deutschen Ernte Roggen und Weizen in ganz ungeheuren Mengen aus dem deutschen Reich ausgeführt werden.“

Das aus dem deutschen Reich ausgeführte Getreide muß unbedingt ersetzt werden, ebenso auch nach das sich stets ergebende natürliche Manco der deutschen Getreideerde. Der Getreidehandel, vor allen Dingen aber die Großmühlindustrie, hat die hochwichtige Aufgabe, den Ausgleich durch Einfuhr ausländischen Getreides wieder herzustellen. Nur diese Verfügung über einermassen beträchtliche Getreidebestände würde diese Einfuhr nicht erfolgen, so würden wir in Deutschland innerhalb zwei Monaten eine Hungersnot haben. Das wäre dann der Gipfel der Weisheit der Antragsteller für die Förderung der Großmühlen.“

Die Wrotwunderpresse wird diese Behauptungen natürlich als eine maßlose, gehässige, nachwichtige Vertierung brandmarken. Man kann sich die Entzerrung sparen. Wenn die Zollpartei nichts zu strahlen haben, dann brauchen sie nur dem von der anliegenden Firma gemachten Vorschlag zuzustimmen. Diese schreibt nämlich in ihrer Eingabe weiter:

„Es würde sehr zu empfehlen sein, so schnell wie möglich eine genaue Aufnahme der Bestände von Brotgetreide im deutschen Reich vorzunehmen und zwar a) von inländischem Getreide, b) von ausländischem Getreide und c) von festem Mehl. Das Ergebnis dieser Aufnahme, davon sind wir sehr überzeugt, wäre ein so erschreckendes, daß dann die Pläne der Antragsteller für die Umsatzsteuer sofort von der Bildfläche verschwinden würden. Statt dessen würde die sofortige Ergründung der Bestände zu den wichtigsten Aufgaben gehören.“

Zu einer entsprechenden Ablehnung der projektirten Vertenerung der Großmühlen kommt die Handelskammer Dortmund aus folgenden Erwägungen:

Die geringe Qualität des in Klein- und Mittelmühlen hergestellten Mehles und seine höheren Produktionskosten bergen die Gefahr einer Ueberflutung Deutschlands mit schlechtem ausländischen Mehl in sich. Oder, wenn die Mehleinfuhr durch die sanitätspolizeiliche oder ähnliche Vorschriften unterbunden werden sollte, ist eine empfindliche Mch- und Brotvertenerung unabweislich, jedenfalls aber würde in dem einen wie dem anderen Falle nach Wegfall der Großmühlen und ihrer großen Vorräte an gesundem, lagerfähigem in- und ausländischem Getreide in Kriegszeiten die Mehlversorgung unserer Truppen auf große Schwierigkeiten stoßen, wenn sie nicht ganz versagen würde.

Es sind herrliche Perspektiven, die sich hier für das deutsche Volk eröffnen. Zur Vollwucherpolitik soll ihm noch eine Steuerwucherpolitik, zur Fleischvertenerung noch eine verdoppelte Brotvertenerung beifügen werden. Noch mehr als es schon durch die Wucherzölle der Handelsverträge geschieht, soll die Einfuhr billigeren ausländischen Getreides erschwert werden durch die Erdrösselung der leistungsfähigen Abnehmer des Getreidehandels und durch die künstliche Erhöhung der teurer produzierenden, das Mehl und das Brot stärker belastenden Kleinbetriebe, durch die Vertenerung der rationeller und billiger produzierenden Großbetriebe! Zu der Vertenerung des Brotes durch die Hungerzölle soll eine zweite Wirkung des Getreideimports und eine dritte durch die Erhöhung der Mahlkosten!

Wenn die Agrarier und die von ihnen beherrschte Regierung ihre Klage aufheben, wird Deutschland bald ein einziger großer Hungertum für die ausgearbeitete Masse sein! Wie lange wird das deutsche Volk solche wahnwitzige Wirtschaft noch lammgebüldig gewähren lassen?

Wie man uns mittelst, ist eine Vorkollbewegung der Wäckerungen und Konsumvereinigungen gegen diejenigen Mühlenbesitzer im Gange, die für die Umsatzbesteuerung der Großmühlen sind. Die Arbeiter haben alle Kräfte, die Augen offen zu halten, denn wir gehen bedenklichen Zeiten entgegen. Die Frechheit der Agrarier und ihrer Helfershelfer übersteigt nachgerade alle Grenzen.

Badische Politik.

Zimmer verzweifelter

wird die Lage, in welcher sich der Liberalismus befindet. Herr Dader plant die Vertenerung der Nationalliberalen, soweit ihm das möglich ist. Diefem Ziel seines Strebens ordnet er jedes Mittel unter, das ihm Erfolg verspricht. Neuerdings ermuntert er die Konservativen zu intensiver Agitation und stellt ihnen für den Fall, daß sie sich nicht mit den Nationalliberalen einlassen, die bedingungslose Unterstützung des Zentrums in Aussicht. Angehts dieser jetzt offenkundigen Verbindungen zur Bildung eines parlamentarischen „Machs der Rechten“ wird den Nationalliberalen schamhaftig zu Mute. Die *Trif. Jg.*, von der man sagt, daß sie deren Willens sehr nahe steht, hat das Wechsels Unterstüßungsangebot an die Konservativen für so bebenlich, daß sie den Nationalliberalen empfiehlt, den Spieß umzukehren und den Konservativen

in allen jetzigen Zentrumsbezirken liberale Wahlhilfe zuzusichern, wo sie sich entschließen, eigene Kandidaten aufzustellen.

Dabei wird übersehen, daß dieses Vorschlag nur auf Kosten der Nationalliberalen verwickelt werden könnte, denn schließlich haben die Konservativen doch nur in solchen Bezirken Aussicht, vorwärts zu kommen und Mandate zu erhalten, die heute im Besitz der National- und Sozialliberalen sind. Aber abgesehen davon: ein Pallieren der Nationalliberalen mit den Konservativen hätte den Bruch des liberalen Blocks zur absolut notwendigen Folge. Das aber wäre wiederum gleichbedeutend mit einer Sprengung der nationalliberalen Partei.

Herr Ammon und einige andere „Politiker“ sind allerdings der geradezu kindischen Meinung, nur ein solches Doppelspiel könne den Nationalliberalen noch Rettung bringen. Sie vergessen dabei nur das eine, daß dieses Doppelspiel eine praktische Unmöglichkeit ist, denn die Sozialliberalen können und werden es nicht mitmachen. Sprengt man aber den liberalen Block auseinander, so gleichzeitig die nationalliberale Partei. Das wäre gleichbedeutend mit einem Sieg der Reaktion, der aber wenigstens das eine gute zur Folge hätte, daß die zeitliche Scheidung, ohne die eine Gesundung des Liberalismus undenkbar ist, erfolgen würde. Der Sieg der Reaktion wird ja ohnehin kaum zu verhindern sein, denn die Politik der Nationalliberalen arbeitet der Reaktion in die Hände. Die liberale Einigung ist und bleibt eine Illusion, solange die zeitliche Scheidung von den reaktionären Elementen nicht mit aller Gründlichkeit vollzogen wird. Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß nur der kleinere Teil der Nationalliberalen die Scheidung nach der reaktionären Seite nicht mitmacht. Aber damit wäre nur wieder ein Beweis dafür erbracht, daß die liberale Einigung auf der Grundlage eines liberalen Programms in Deutschland nicht mehr möglich ist. Jedenfalls ist die jetzige Situation für den Liberalismus so verworren als nur irgend möglich. Niemand darf im liberalen Blocklager, was noch in den nächsten Jahren werden wird. Die Sozialliberalen mögen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Nationalliberalen vernünftig werden und diese hoffen immer noch, mit dem Doppelspiel, nach links und nach rechts zu postieren, die drohende Zentrumshegemonie zu vermeiden. Die eine wie die andere Auffassung beruht auf Illusionen.

In großen Wägen

befinden sich die Nationalliberalen bei der Nachwahl in Lörzchen-Land, die infolge der Beförderung des Abg. Obkircher zum Landesgerichtsdirektor notwendig geworden ist. Die Prellingen wollen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Da der Bauernbund ebenfalls einen solchen proklamirt und die Unterstützung des Zentrums vielleicht schon im ersten Wahlgang zu gewärtigen hat, wäre das Mandat Obkircher's bedenklich gefährdet. Dähergehend steht deshalb die Bad. Landesbzg. die Freikämmer an, doch ja keine solchen Schritte zu machen: „Denkt denn der Lörzacher Prelling auch gar nicht daran, wie sich in der zweiten Kammer die parteipolitische Konstellation gestalten würde, wenn von Lörzchen-Land ein Bauernbündler in den Landtag seinen Einzug halten würde. Die nächste Konsequenz wäre die Befreiung des Präsidiums durch einen Zentrumsmann und ein Sieg des Zentrums, einzig und allein herbeigeführt durch die Uneinigkeit der Liberalen in einem kleinen Bezirk, in dem obendrein der Prelling nicht das numerische Uebergewicht besitzt. Den Lörzchen Prelling darf in Baden keine liberale Gruppe treiben, will sie nicht ganz direkt dem Zentrum in die Hände arbeiten.“

Die Befreiung der Badischen Landeszeitung ist nicht ganz ohne, nur verzögert das Blatt, daß die Nationalliberalen mit ihrer Politik dem Zentrum nicht minder in die Hände arbeiten. Niemand mehr als die Nationalliberalen leitet dem Zentrum seit Jahrzehnten bis auf den heutigen Tag das Wasser auf die Mühlen. Und noch immer sehen und begreifen die Nationalliberalen das nicht. Das ist das Schlimme.

Zum Kapitel „Eidbruch der Beamten“

Verstehende Zentrumsblätter sowie die konservativen Bad. Hoff haben jene Beamten, die bei den letzten Landtagswahlen für die Wahl von Sozialdemokraten eintraten, des Eidbruchs beschuldigt. Einer der so schwer Beschuldigten will sich das nicht länger gefallen lassen. Herr Reichs Treutle, der in Karlsruhe für das Zentrum kandidierte und in der Stichwahl durch das berühmte Postgeschickelplafat die Zentrumsleute zur Wahl der Herren Front, Kolb und Schärer aufforderte, will die erwähnten Blätter verfluchen. Er ist der Meinung, daß er durch sein Eintreten für die Sozialdemokraten in keiner Weise seinen Beamten- und Bürgereid verletz, vielmehr, da seiner gewissenhaften Ueberzeugung nach die Sozialdemokraten gegenüber den Liberalen das kleinere Uebel waren, seine Pflicht als Bürger und Beamter in vollem Maße erfüllt. Man muß gestehen, daß Herr Treutle durchaus folgerichtig handelt.

Grundsteuer-Nachsch.

Im Jahre 1906 wurde nach der amtlich gefestigten Ueberlieferung in 19 Gemeinden des Landes für 68 Hektar Grundstücke mit einem Gesamtflächeninhalt von 6 Hektar 61 Ar 88 Quadratmeter und einem Gesamtsteuerkapital von 15 261,19 M. nach Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 1892 Befreiung von der Grundsteuer für fünf Jahre gewährt. Davon entfallen Bemerkungen auf die Steuerkommisfärbezirke Baden 1, Vogberg 2, Bretten 2, Bruchsal 2, Espingen 4, Ogenbach 1, Rauba 4, Offenburg 1, Laubersbroschheim 1.

Deutsche Politik.

Armenkurd und Fleischvertenerung. Es ist gekommen wie zu erwarten war. Bobdens Nachfolger, den die Ortsgarde durch Löne angebligen

Wirtschaftens scharf zu machen versucht hat, beizt sich, die Liebe und Zuneigung der „Kostlichen“ zu gewinnen. Wie wir bereits vermuteten: durch Zuteilungsgleichheit. Der alte Kurs, der durch den Dalminer Schweinegüchter zur Genüge belastet ist, soll weiter gesteuert werden, und bekümmert darum, daß der Kostland besonders der arbeitenden Massen bis zur Unerschwinglichkeit gequälten ist. Der herrschende Kurs verlangt es, daß man sich die Freundschaft der Junker und Junkerengenossen, der Fleischvertenerer schiere, wenn man an der Stelle steht, auf der der Dalminer stand. Der Hungerfrei der Massen findet laube Ohren.

Jeder Soldat in Deutsch-Litwestafrika

kostet dem Reiche pro Jahr 10 000 Mark. Da die Anzahl der kurzzeit in jenem Schutzgebiet befindlichen Soldaten über 14 000 beträgt, so kann man sich schon hieraus eine Vorstellung machen, wie hohe außerordentliche Aufwendungen für jene unglückselige, zum großen Teil aus Sandwüsten bestehende Kolonie gemacht werden müssen. Wahrscheinlich, unsere kolonialen Liebesherren kommen uns leuer zu stehen, selbst wenn man den Verlust so vieler waderer Menschenleben nicht mit in Rechnung setzt!

Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung

vom 1. Dezember 1905 ergaben eine Bevölkerung im Deutschen Reich von 29 834 681 männlichen und 30 786 697 weiblichen Personen, zusammen 60 621 378. Die Zunahme gegen die Zählung vom 1. Dezember 1900 beträgt 2 147 484 männliche und 2 126 666 weibliche, zusammen 4 274 150 Personen.

Die Zahl der Auswanderer

des Deutschen Reiches betrug in den Jahren 1904 auf 1905: 27 084 bzw. 23 075 und in den Jahren 1901 auf 1905: 148 640 (darunter 82 388 männliche) gegen 127 808 in den Jahren 1896—1900. Die Vereinigten Staaten haben am meisten Anziehung ausgeübt. Von 148 640 deutschen Auswanderern haben sich 134 882 dorthin begeben.

Aus einem Unterehnenbericht.

„Ob Sozialdemokrat, ob christliche Arbeiter, ob Anhänger der Hirsch-Dunderschen Richtung, sie alle finden sich auf dem Boden eines wirtschaftsrevolutionären Programms zusammen, und die Gemeinsamkeit der Gegner zeigt die Notwendigkeit, auch gemeinsam gegen alle Gewerkschaften Front zu machen.“ (Arbeiterzeitung, 25. November 1906.)

Katholische und protestantische Streikpfe.

In den katholischen Klosterschulen in Augsburg sollte der Handarbeitunterricht unter die Aufsicht der für die übrigen Mädchenschulen angeordneten Aufsichtsperson gestellt werden. Weil diese Handarbeitlicheinrichtung auch protestantisch ist, verlangte die städtische Schulverwaltung eine katholische Handarbeitlicheinrichtung. Die beiden städtischen Kollegien aber beschlossen — allerdings erst nach langer Beratung — der protestantischen Oberlehrerin auch den katholischen Handarbeitunterricht zu übertragen. — In Augsburg, wo es im städtischen Krankenhaus, ein einziger Bau, neben protestantischen und katholischen Abteilen auch direkt nebeneinander mit völlig getrenntem Betrieb eine protestantische und eine katholische Küche gibt, wäre es auch auf diese Dummheit nicht mehr ankommen.

Husland.

Oesterreich.

Die Regierung und die Wahlreform.

In die Debatte über die böhmische Wahlreform tritt der Ministerpräsident Beck mit einer Erklärung ein, in welcher er darauf hinweist, daß der Schiedspruch des Wahlreformauschusses über die Zahl der böhmischen und deutschen Mandate respektiert werden müsse. Wer an dem Schiedspruch rühre, der rühre an der Wahlreform, mit der das Schicksal des Reiches verknüpft sei. Die Regierung halte an dem Kompromiß des Wahlreformauschusses fest, da sonst die furchtbaren Erschütterungen zu gewärtigen seien.

Spanien.

Eine Ministerkrisis ist plötzlich ausgebrochen. Die Ursache liegt in der Feindseligkeit des früheren liberalen Ministerpräsidenten Morera, dessen Stellung zu dem Vereinigeten von vornherein zweifelhaft war. Morera ist bereits mit der Kabinetsbildung beauftragt worden.

England.

Eine Nachwahl fand am Mittwoch in Sudberfeld, Graffschaft York, statt. Es regte der liberale Chamberlain mit 5782 Stimmen über den Kandidaten der Arbeiterpartei und der Partei der Unionisten, die 5428 bzw. 4844 Stimmen erhielten. Der genannte Wahlkreis war auch bisher durch einen Liberalen vertreten.

Deutscher Reichstag.

(120. Sitzung.)
* Berlin, 29. November 1906.

Am Bundesratsitzungstag, 29. November, 1906, 12 Uhr. Die Kolonialberatung wird fortgesetzt.

Herr Dr. Semler (natl.) erklärt, der Kolonialdirektor habe sich mit klugen Handlungen Flug angeführt und mit den Leitenden würden seine Freunde im allgemeinen einverstanden sein. Im übrigen wollten sie abwarten, wie die Erwartungen des Reichstages sich erfüllen ließen. Seine Freunde wollten dem neuen Kolonialdirektor gern Vertrauen schenken. Er, Semler, bitte den Kolonialdirektor ausdrücklich, doch dem Reichstage eine Aufstellung unserer militärischen Ausgaben in unserer sämtlichen Kolonien zuzustellen. Wäre hierüber freilich die Absicht bestehen, diese Summe nicht mitzuteilen, um

Verfallungsberichte.

Durlach, 28. Nov. Die Mitgliederberufung des Sozialdemokratischen Vereins am Samstag Abend war...

Aus dem Reiche.

Der Hauptmann von - Schöneberg. Schöneberg bei Berlin, 29. Nov. In der Nacht zum Donnerstag...

München, 28. Nov. Die militärgerichtliche Verhandlung gegen den beim Bezirkskommando tätig gewesenen Lazarettgehilfen Schulz...

Letzte Post.

Die Landesauswahlgewinnlosigkeiten in Elsaß-Lothringen. Straßburg, 30. Nov. Die vorausgehenden Wahlergebnisse...

Ende des Trambahnerstreiks in Rom. Rom, 29. Nov. Der Trambahnerstreik ist beendet durch bedingungslose Aufnahme der Arbeit...

Zur Lage in Marokko. Tanger, 29. Nov. Der amerikanische Gesandte Gummere verließ am 28. November Fez...

Russische Revolution.

Neue Verfolgungen der Gewerkschaften in Petersburg.

Die Wahlagitation der Sozialdemokratie unter den Mitgliedern der Gewerkschaften dient als tatsächlicher Grund der neuen gegen die Gewerkschaften gerichteten Verfolgungen...

Vereinsanzeiger.

- Karlstraße-Wahlburg. (Vereinsbund.) Am nächsten Sonntag Ausflug nach Teufelsbrunn...
Ruhheim. (Soz. Partei.) Samstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederberufung...

Briefkasten der Redaktion.

K. J. in G. Wir bitten um Ihren Besuch. Nach Teufelsbrunn. Ihre Angaben sind sehr ungenau...

ungerecht, faul, falsch und lasterhaft es in dieser gütlichen Ordnung zugeht, denn wie viele Tausende schleppen ihr Joch stummstümpf dahin...

* Dividendenbesitzer. Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Zehrfabrikation vormals G. Sinner in Grünwinkel hat die Dividende für das am 31. Dezember ablaufende Geschäftsjahr wieder auf 15 Proz. gesetzt...

* Fremden-Verkehr-Verein. In der letzten Sitzung teilte der Vorsitzende u. a. noch mit, daß ein Antrag gemacht werden sollte mit der Anstellung eines Führer-Automaten...

* Der Verein überleben. Dieser hat sich als eine günstige Einrichtung des Vereins erwiesen; es mußte darauf gesehen werden, daß der Betriebsführer neben seinem Leitungsgeschäft in erster Reihe die Interessen der am Ausbruch erkrankenden Fremden im Auge behält...

* Weihnachtseinforderungen. Die Reichspostverwaltung richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtseinforderungen bald zu beginnen...

* Die Einziehung der fünfjährigen Mitgliedschaften der Älteren von 1904. Auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 6. Oktober 1904 sollen die in der bisherigen Form gebrachten fünfjährigen Mitgliedschaften eingezogen werden...

* Der Parteivorstand. Verhaftet wurde ein Vertreter 33 Jahre alter Hagenmader aus Heiligenfeld, der dabei betrunken wurde...

* Wegen Überverletzung wurden drei Arbeiter angeklagt, weil sie gemeinschaftlich einen Wirt in der Kaiserstraße schwer misshandelt hätten...

* Ein halber Arbeiter. Der für mehrere Kameraden loth, bezog von einem hiesigen Wegweiser seinen Fleischauftrag auf Kredit und verbrach, am Samstag einen Rednerarbeit in der Hofstraße...

* Wegen Betrugs wird ein angeklagter Vater Johann Schmidt, alias Johann Hoffmann aus Haderfeld verfolgt, der mit den Verhältnissen der Ehefrau...

(Fortsetzung im zweiten Blatt.)

der hiesigen b. lebhaftes Interesse mit dem Besonderen...

Waldshut, 28. Nov. Ein Beamter der Fabrikation wird nächsten Sonntag, 2. Dezember, vormittags um 11 Uhr ab, im Sitzungssaal des Rathhauses...

Waldshut, 28. Nov. Die schon mitgeteilt, haben die Waldshuter Rhythmatinnen- und Parkarbeiter, 2000. Gebr. Raffner, am Freitag...

Gemeindezeitung.

In der Stadtratsordnungsänderung in Frankfurt a. M. wurde am 22. Dezember festgesetzt, daß eine tagende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins...

Aus der Residenz.

Karlstraße, 30. November. Sozialdemokratischer Verein. Der Verteidigungsleiter in Mannheim hat der Stadt drei Mitglieder delegiert...

Über den Schlachthausroman. Ein Parteigenosse seine Gedanken über den gegenwärtigen Roman, Der Schlachthausroman, das man von ganzem Herzen jehem...

Mehl. Horrenmehl, gesetzlich geschützte Marke. Nr. 00 (Kontakmehl) und Nr. 0 (Blütenmehl). Landbutter. Butterschmalz. Schweineschmalz. Schmelzhonig. Backpulver und Vanillin. Vanille. Maizgerste.

Mandeln, neue. Haselnusskerne, neue. Rosinen, neue. Corinthen. Sultaninen. Citronat. Orangat. Wallnüsse. Kranzfeigen, neue. Korbfeigen. Tafelfeigen. Aprikosen. Edelbirnen. Birnschnitz. Pflaumen, bosn., neue. Schleuderhonig. Backpulver und Vanillin. Vanille. Maizgerste.

Tees neuer Ernte. Teespitzen. Block-Chocolade. Chocolade Suchard. Hasferkakao. Kakao. Albert Caecus. Volksbiscuit. Fannenaum-confect. Grieszucker. Würfelzucker. Neuer Obst- und Gemüseknuchen. Oelsardinen. Kieler Bücklinge. Haszkäse.

Fr. W. Hauser Ww. An den vier Sonntagen vor Weihnachten ist mein Geschäft bis nachmittags 5 Uhr geöffnet. Erbrinzenstr. 21. Telefon Nr. 484.

